

Künftiger Vizepräsident wird Nachfolger Suhartos

Das alles beherrschende Thema der innenpolitischen Debatte Indonesiens ist nach wie vor die Frage der Nachfolge (suksesi) Suhartos. Immer mehr Beobachter gehen mittlerweile davon aus, daß sich der jetzige Präsident im Jahr 1998 wieder zur Wahl stellen wird. Aus diesem Grunde und weil Suharto dann bereits 77, Jahre alt sein wird, richten sich die Spekulationen vor allem auf die Person des Vizepräsidenten. Laut Verfassung übernimmt dieser die Amtsgeschäfte, sollte der Präsident sterben, sonst an der Amtsausübung gehindert sein oder

Bei der letzten Wahl war es bereits zu einer Auseinandersetzung zwischen Suharto und Teilen des Militärs um die Position des Präsidentenvertreters gekommen. Die Armee konnte den von Suharto favorisierten Forschungsminister Habibie seinerzeit nur dadurch verhindern, daß sie sich frühzeitig und öffentlich auf den jetzigen Vizepräsidenten Try Sutrisno festlegte. Das dieser in eine zweite Amtszeit geht ist zwar nicht ausgeschlossen, aber sehr unwahrscheinlich, zumal alle bisherigen Stellvertreter jeweils nur eine Amtsperiode absolviert haben.

li-Unruhen betont gemäßigt geäußert und nicht in die allgemeine antikommunistische Hysterie eingestimmt hat. Gelegentlich wird noch der Name des Suharto-Schwiegersohns Prabowo Subianto, z.Z. Kommandeur der Sondereinsatztruppe KOPASSUS genannt.

Feisal Tanjung unterhält gute Kontakte zum Forschungsminister und Suharto-Ziehkind Habibie, dem aus der Reihe der Zivilisten zur Zeit die besten Chancen zugesprochen werden. Habibie scheint es in den vergangenen Monaten dank der Hilfe Suhartos, aber auch Feisals, gelungen

die besten Beziehungen zu Suharto, dem er schon in der dritten Amtsperiode als Regierungssprecher dient. In Armeekreise ist er jedoch sehr unbeliebt. Als weitere Zivilisten werden der jetzige Minister im Staatssekretariat Murdiono, die rechte Hand Suhartos, sowie der Planungsminister Ginandjar Kartasasmita genannt.

Politische Beobachter gehen davon, daß der eigentliche Kampf um die Position an Suhartos Seite von zur Zeit zwei Gruppen bestritten wird. Auf der einen Seite die Gruppe um Habibie, die unter anderem von der jetzigen Militärführung unter Feisal Tanjung gestützt wird, auf der anderen Seite die Gruppe Hartono, zu der wohl auch Harmoko und Murdiono als Vertreter der Bürokratie aber auch die Suharto-Kinder Tutut (Tochter) und Prabowo (Schwiegersohn) zu rechnen sind. Wer letztlich seinen Einfluß geltend machen kann, hängt allein von Suharto ab, der sich seinen Vertreter letztlich selbst aussuchen wird. Neben dem Schutz der ökonomischen Interessen der Familie könnte bei seiner Entscheidung auch eine Rolle spielen, ob er der Ansicht ist, daß auch in Zukunft die Militärlaufbahn eine Voraussetzung für das Präsidentenamt ist oder nicht. Im ersten Fall käme dies einer Bestätigung der militärischen und politischen Doppelrolle gleich, die ABRI für sich beansprucht.

vgl. Forum Keadilan 16.11.96, eigene Quellen



Präsident Suharto und möglicher Nachfolger Minister Habibie: Gemeinsames Gebet aus: FK v. 22.6.95, S. 95

sein Amt aufgibt. Die Position des Vizepräsidenten scheint deshalb zur Zeit für die mittelfristige Entwicklung die strategisch wichtigere zu sein.

In den Spekulationen über die Vizepräsidentenschaft werden mehrere Namen genannt, die jeweils mit einem Lager innerhalb der herrschenden Elite in Verbindung gebracht werden und teilweise aus Militärkreisen (ABRI) stammen, teils Zivilisten sind. In der Geschichte der Neuen Ordnung hat es bisher zwei zivile Vizepräsidenten gegeben (Sultan Hamengkubuwono IX., 1968-73, und Adam Malik, 1973-78) und drei Militärs (Umar Wirahadikusumah, Sudharmono und Try Sutrisno).

Aus dem ABRI-Lager werden zur Zeit dem gegenwärtigen Stabschef des Heeres Hartono gute Chance eingeräumt, dem zudem enge Beziehungen zur Suharto-Tochter Siti Hardiyanti Rukmana (kurz: Tutut) nachgesagt werden. Er besitzt aber den Nachteil, daß er noch nicht Oberkommandierender der Streitkräfte ist, was als eine Voraussetzung angesehen wird. Diese Position wird zur Zeit von Feisal Tanjung besetzt, der von einigen Beobachter als potentieller Kandidat genannt wird.

Der jetzige Verteidigungsminister Edi Sudrajat besitzt keine großen Aussichten, zumal er sich im Gefolge der Ju-

zu sein, seine Basis im Militär auszubauen, das seine Wahl beim letzten Termin noch verhindert hatte. Als Vorsitzender der islamischen Intellektuellenorganisation ICMI besitzt Habibie zudem eine gewisse Hausmacht und beherrscht als Forschungs- und Technologieminister einen für die Zukunft strategischen Politik- und Wirtschaftsbereich.

Als schärfster Konkurrent Habibies gilt der gegenwärtige Informationsminister und GOLKAR-Vorsitzende Harmoko. Zwar ist er politisch nicht so brillant wie Habibie, kann aber durch die Kontrolle der Medien über einen nicht unerheblichen Einfluß verfügen. Außerdem verfügt er über

Sri Bintang for president?

Der ehemalige Parlamentsabgeordnete Sri Bintang Pamungkas hat seine Kandidatur für die kommende Präsidentschaftswahl im übernächsten Jahr angemeldet. In einer Erklärung der Partai Uni Demokrasi Indonesia (PUDI), deren Gründer und Vorsitzender Sri Bintang ist, forderte er außerdem eine Direktwahl des Präsidenten, der nach geltendem Recht von der einmal in fünf Jahren zusammen tretenden Beratenden Volksversammlung MPR bestimmt wird. Außerdem schlug er vor, alle Parteien sollten einen eigenen Kandidaten aufstellen, so daß es zu einer echten Wahl kommen könne.

vgl. SiaR vom 12.10.96 in Indonesia-L

Sanktionen gegen NRO

Als Reaktion auf die blutigen Unruhen vom 27. Juli hat die indonesische Regierung durch den Koordinierenden Minister für Politik und Sicherheit, Soesilo Soedarma, zu erkennen gegeben, daß sie nun schärfer gegen Nichtregierungsorganisationen im Land vorgehen will, die sich außerhalb des gesetzlich vorgegebenen Rahmens bewegen. Laut Gesetz müssen sich alle NROs beim Innenministerium registrieren lassen und dort eine Genehmigung beantragen, um überhaupt arbeiten zu können. Wie alle politischen Organisationen und Parteien müssen sie außerdem die Staatsphilosophie Pancasila als Grundlage ihrer Statuten anerkennen. Darüberhinaus sind alle Organisationen und besonders die NRO verpflichtet, ihre Finanzen offenzulegen und Zuwendungen aus dem Ausland unaufgefordert bei der zuständigen Abteilung des Innenministeriums bekanntgeben.

Viele indonesischen NROs erhalten zum Teil nicht unerhebliche Anteile ihrer Budgets von ausländischen Partnerorganisationen, darunter auch solche, die in letzter Zeit durch Kritik an der Regierung hervorgetreten sind. Insgesamt wird von 32 NRO gesprochen, die von der Regierung abgemahnt werden sollen, bzw. denen ein Verfahren wegen eines Verstoßes gegen einschlägige Gesetze droht. Unter diesen befinden sich neugegründete Nachfolgeorganisationen ehemaliger politischer Parteien wie die PNI Baru (als Sammelbecken nationalistischer Sukarno-Sympathisanten), Masyumi Baru (Muslime aus dem modernistischen Lager) sowie die Gerakan Marhaen Rakyat der Sukarno-Tochter Sukmawati.

Betroffen sind allerdings auch solche etablierte Gruppen wie die Stiftung der Rechtshilfeinstitute Indonesiens YLBHI, einer der angesehensten Menschenrechtsorganisationen des Landes, und WALHI, eine Umweltschutzorganisation, die in letzter Zeit wegen ihrer Kritik an den Atomenergieplänen und der Vorwürfe gegen das in Irian Jaya operierende amerikanische Unternehmen Freeport an die Öffentlichkeit getreten ist.

Die Vermutung politischer Beobachter und Aktivisten, der Regierung sei es um eine Einschüchterung der politischen Opposition und eine Unterdrückung der immer lauter werdenden Kritik zu tun, wird von Sprechern der beteiligten Ministerien widersprochen. Es wird betont, daß ernsthafte und berechtigte Kritik an der Regierung weiter notwendig und erlaubt sei. Aber NRO dürften sich nicht von ihrem eigentlichen Aufgaben abbringen und – möglicherweise aus dem Ausland – zu politischen Organisationen umfunktionieren lassen. Im Gegensatz zu früheren Einschüchterungsversuchen zeigen sich Vertreter der betroffenen Gruppen diesmal betont unbeeindruckt und wollen die weitere Entwicklung zunächst abwarten.

vgl. Forum Keadilan 2.12.1996, 5,17 (96):25, Kompas Online 15.11.96

Abschlußbericht über die Ereignisse am 27. Juli vorgelegt

Die indonesische Menschenrechtskommission Komnas HAM hat ihren abschließenden Untersuchungsbericht über die Unruhen am 27. Juli 1996 vorgelegt. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß mindestens fünf Menschen zu Tode gekommen seien, 149 Menschen wurden verletzt und 23 Personen galten zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Berichts (12.10.1996) als vermißt. Der Bericht geht nicht soweit, die Beteiligung von Teilen des Militärs und der Polizei an der Stürmung des Parteibüros der PDI offen zu benennen. Die Kommissionsmitglieder sind aber der Auffassung, daß bei einem frühzeitigen und stärkeren Schutz des Gebäudes, die Ausschreitungen hätten verhindert werden können.

Die Kommission forderte eine juristische Verfolgung aller Beteiligten an den Unruhen. Bisher ist die Regierung nur gegen Anhänger Megawatis, die das Büro verteidigte, vorgegangen, während die Anhänger Soerjadis bisher nicht strafrechtlich verfolgt worden sind.

vgl. Kompas Online 13.10.96, Forum Komunikasi Kristiani Surabaya, Kronologi Penghancuran Gereja di Situbondo 10.10.96

UNESCO-Preis für Pramoedya

Der Schriftsteller und frühere politische Gefangene Pramoedya Ananta Toer gehört zu den Empfängern des Madjaneet-Singh-Preises, der in diesem Jahr erstmalig von der UNESCO verliehen wird. Wie der Generaldirektor der UN-Unterorganisation Federico Mayor erklärte, erhielt Pramoedya diesen Preis in Anerkennung seines Einsatzes für Gewaltlosigkeit und Toleranz, wie er in seinem schriftstellerischen Werk zum Ausdruck kommt.

Neben Pram erhielt der kubanische Schriftsteller Senel Paz, der Ethnologe Abdusalam A. Gusseinov von der Lomonossow-Universität in Mos-

kau sowie die Frauenorganisation Twese Hamwe aus Ruanda diese Auszeichnung, die in Zukunft alle zwei Jahre vergeben werden soll.

Die diesjährige Jury wurde von dem südafrikanischen Friedensnobelpreisträger, dem ehemaligen Erzbischof Desmond Tutu geleitet. Zur Preisverleihung am 18. November konnte Pram nicht selber reisen, weil er seit seiner Entlassung aus der politischen Haft mit einem Ausreiseverbot belegt ist, das ihn nicht nur daran hindert, ins Ausland zu fahren, sondern auch seine Bewegungsfreiheit in Indonesien selbst erheblich einschränkt.

vgl. Pipa 6.11.96 in Indonesia-L

Nobelpreis – Ernüchterung und Verärgerung

Die Verleihung des diesjährigen Friedensnobelpreis an den Bischof von Dili, Carlos Filipe Ximenes Belo, und an den Auslandsrepräsentanten der Fretilin, Jose Ramos-Horta haben in Indonesien sehr unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Während Regierungssprecher mit Unverständnis und unverhohlener Verärgerung reagierten, begrüßten Oppositionspolitiker die Preisverleihung. Während die Preisverleihung an den katholischen Geistlichen in Dili von der offiziellen Seite noch gerade akzeptiert werden kann – Belo hat sich in den vergangenen Jahren nie direkt politisch geäußert und vor allem das sensible Thema der Integration und des politischen Status des Gebiets gemieden – ist Ramos-Horta zum eigentlichen Ziel des Ärgers geworden. Seit seiner Flucht aus Osttimor im Jahr 1975 organisiert er den internationalen

Widerstand gegen die indonesische Besetzung- und Integrationspolitik. Seinem diplomatischen Gegenspieler, dem indonesischen Außenminister Ali Alatas gilt er als "politischer Abenteurer", dem Politikwissenschaftler Amir Santoso schlicht als "Feind".

Auch in Ost-Timor selber ist die Reaktion naturgemäß geteilt. Viele Timoresen fühlen sich durch die Entscheidung des Nobel-Komitees in ihrem Widerstand gegen das repressive Regiment der Indonesier bestätigt. Der Gouverneur von Osttimor, Abilio Soares beschuldigte Portugal die Preisverleihung inszeniert zu haben. In einem Brief an das Preiskomitee beschwerte er sich besonders über die Ehrung für Ramos-Horta, und hielt dem Komitee vor, es habe sich von dem Preisträger täuschen lassen.

vgl. Tempo Interaktif 13.10.96, FEER 24.10.96:16f, Presseerklärung der Indones. Botschaft in Bonn, 28.10.96

"Weiser" Habibie

Im Zusammenhang mit der Nachfolge-Debatte hat Forschungsminister Habibie (60 J.) als erster Spitzenpolitiker offen über einen Rücktritt des amtierenden Präsidenten Suharto spekuliert. Er wird mit den Worten zitiert: "Wir sollten uns der Realität bewußt sein, daß Pak Harto (Suharto) 1998 77 Jahre alt sein wird. Es wäre nicht weise von uns, wenn wir Suharto nicht seinen Ruhestand gönnen würden." Dies ist weniger als eine Rücktrittsforderung an Suharto zu ver-

stehen, sondern vielmehr als ein deutlicher Anspruch Habibies auf das Amt des Vizepräsidenten. Mit Suharto wird einer der letzten Politiker in den Ruhestand zurücktreten, die noch aktiv am Unabhängigkeitskampf der Jahre 1945/49 beteiligt waren und der ideologisch verklärten "Generation von 1945" angehören. Habibies Einlassungen bedeuten einen Anspruch der jüngeren, wenn auch nicht der jungen Generation in Indonesien, die politische Macht zu übernehmen.

vgl. Sidney Morning Herald 7.11.96, Business Times 7.11.96

Blutige Unruhen in Situbondo (Ostjava)

In der ostjavanischen Stadt Situbondo ist es am 10.10. zu blutigen Ausschreitungen gekommen, bei denen fünf Menschen ums Leben gekommen sind und 24 Kirchen, 6 katholische Schulen, das Gebäude des Landgerichts Situbondo, 5 Pfarrhäuser sowie zahlreiche Geschäfte und Fahrzeuge zerstört wurden. Bei den Todesopfern handelt es sich um eine Pfarrersfamilie, die sich nicht aus ihrem brennenden Haus retten konnte, da die Türen von außen versperrt worden waren.

Auslöser der Ausschreitungen war der Prozeß gegen einen gewissen Saleh, dem Gotteslästerung und Beleidigung eines in der Gegend hochangesehenen muslimischen Lehrers (Kyai) vorgeworfen wird. Als der Richter das Urteil, eine Haftstrafe von fünf Jahren Haft verkündete, stürmte eine aufgebrachte Menge das Gerichtsgebäude und setzte es in Brand. Die Menge hatte die Todesstrafe für den Angeklagten gefordert und versuchte, ihn zu lynchen. Zusammen mit dem Richter konnte er jedoch vor dem Mob in Sicherheit gebracht werden.

Diese Vorfälle haben das ohnehin gespannte Verhältnis

zwischen Christen beider Konfessionen und Muslimen erheblich belastet. Der Vorsitzende der islamischen Laienorganisation NU, Abdurahman Wahid, entschuldigte sich umgehend öffentlich und förmlich für die Übergriffe der Muslime in Ostjava, die zum großen Teil Mitglieder der NU sind. Die Sicherheitsbehörden reagierten ungewohnt schnell und konnten nach kurzer Zeit eine große Anzahl von Verdächtigen präsentieren, denen jetzt der Prozeß gemacht werden soll.

Augenzeugenberichten zufolge hat es sich bei den Übergriffen jedoch nicht um spontane Ausbrüche, sondern um eine geplante Aktion. Heranwachsende seien mit Lastwagen zu den Kirchen gefahren worden und mit gefüllten Benzinkanistern ausgerüstet gewesen. Als Hintergrund dieser Aktionen vermuten politische Beobachter weniger die Schürung interreligiöser Konflikte als vielmehr einen Schlag zur Diskreditierung von Abdurahman Wahid, der zur Zeit als einer der wenigen Oppositionspolitiker noch landesweite Ausstrahlung und Einfluß besitzt.

vgl. *Suara Pemanduan* 16.10., 6.11.96,

Aids in Irian Jaya

Die Zahl der AIDS-Infizierten in Irian Jaya ist Berichten der Tageszeitung *Suara Pemanduan* zufolge in den letzten Jahren beängstigend gestiegen. Allein in der Stadt Merauke, im Süden der Provinz, wurden 94 von insgesamt 111 AIDS-Fällen in ganz Irian Ja-

ya registriert. Damit hält Irian Jaya nach der Hauptstadt Jakarta den zweiten Platz in der AIDS-Statistik. Indonesischen Gesundheitsbehörden machen vor allem thailändische Fischer, die in Merauke an Land gehen, für die hohe Zahl von Infektionen verantwortlich.

vgl. *Suara Pemanduan* 14.11.96



Menschen aus Irian Jaya

aus: FK v. 22.6.95, S. 3

Vorbereitung des Wahlbeobachtungskomitees KIPP auf die Wahl

Die im März gegründete unabhängige Wahlbeobachtungskommission KIPP, die mittlerweile auch in Europa eine Gruppe gebildet hat, hat in einer Presseerklärung ihr weiteres Vorgehen vorgestellt. Sie wird in neun Großstädten Indonesiens den Urnengang, der in der Zwischenzeit von Präsident Suharto auf den 29. Mai 1997 festgelegt wurde, beobachten. Zu diesem Zweck wird sie in diesen Städten eigene Unterorganisationen gründen und Trainingskurse für Wahlbeobachter abhalten. Besonderes Augenmerk wird auf die Sauberkeit des eigentlichen Wahlvorgangs, aber auch auf Einschüchterungsversuche gegenüber Kandidaten und Wählern gerichtet sein.

Der indonesische Wahlkampf weist einige Eigentümlichkeiten auf: Während die

Regierungsorganisation, die als staatstragende Einheitspartei fungiert, als Zusammenschluß berufsständischer Gruppen ständig auf allen Verwaltungsebenen präsent ist, dürfen die beiden als politische Partei zugelassenen Gruppen PDI und PPP nur einen vierwöchigen Wahlkampf führen. Dieser endet eine Woche vor dem Wahlermin und wird durch eine "stille Woche" abgelöst, bevor die Wahlberechtigten an die Urne gehen können.

vgl. *Presseerklärung von KIPP Jakarta Selatan*, aus: *Kabar dari PIJAR*, 7.11.96

BAHAMAS

Nr. 21 – Herbst 1996

Wahn der Wirklichkeit

- * Das Grevesmühlener Gefühl *
- * Kommandiert Deutschland in der NATO? *
- * Fetisch „Friedensprozeß“ und Israel *
- * „Padanien“ und die Italienische Linke *
- * Deutsche Linke als Antizionisten in Libyen *
- * Französische Linke und der Negationismus *
- * Debatte: „Krisis“ zum Subjekt der Aufhebung *
- * Peter Handke und die Serbenfresser *
- * Linke und Drogen * u.a.m.

Abonnement DM 18 für drei Ausgaben; Einzelpreis DM 7,50 (nur Vorkasse / Briefmarken)

Fon/Fax: Berlin 030 / 623 69 44
 Postfach 620628, 10796 Berlin, Konto: E. Müller
 Nr. 12005270, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00